

Dr. Wolfgang Gedeon, Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Konstanz, MdL

15. April 2016

Liebe Parteifreunde!

Das Problem

1. Die Vorlage des Bundesvorstandes ist für ein „Grundsatzprogramm“ der AfD nicht geeignet. Es handelt sich um eine viel zu ausführliche und überdetaillierte Ansammlung politischer Erörterungen und Forderungen, die zwar vielfach richtig und berechtigt sind, aber nicht in ein Grundsatzprogramm gehören und den Charakter eines solchen sprengen. Grundsätzliche Probleme wie Nationalismus, Identität, Laizismus, Geopolitik u. a. werden hingegen nur angedeutet, aber nicht klar dargestellt. Auch enthält die Positionierung gegenüber NATO und EU kaum innovative Aspekte und ist entschieden zu nahe an den diesbezüglichen Positionen der etablierten Parteien.
2. Zum Vorschlag des Bundesvorstandes (*BuVo-Entwurf*) liegen jetzt drei* weitere Programmentwürfe vor: der hier vorgestellte *Konstanzer*, einer aus *Niederbayern* und einer aus *NRW* (von M. Renner u.a.). Darüber hinaus sind Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zu einzelnen Themen und Problemen in so großer Zahl eingereicht worden, dass es zeitlich und technisch nicht möglich ist, sie alle im notwendigen Maß zu berücksichtigen. Jede Auswahl dürfte dann eher willkürlich als nachvollziehbar sein.
3. Nach den erfolgreichen Landtagswahlen ist die AfD noch mehr in den Fokus der Öffentlichkeit geraten. Nicht nur in den Medien, sondern in der politischen Öffentlichkeit insgesamt schaut man auf den Stuttgarter Parteitag und erwartet insbesondere die Verabschiedung eines Parteiprogramms. Diesem hohen Erwartungsdruck kann sich die Partei nicht entziehen: Sie muss unter allen Umständen etwas verabschieden, das dem Anspruch eines Grundsatzprogrammes gerecht wird.

Die Ursache des Problems

1. Anstatt die grundsätzlichen Probleme wie Nationalismus etc. (siehe oben) erst einmal breit in der Parteiöffentlichkeit zu diskutieren, wurden sofort – schon in der Lucke-Zeit – Landes- und Bundesfachausschüsse nach Einzelbereichen beschlossen (Außenpolitik, Innere Sicherheit usw.). Die übergreifenden Probleme, die in allen Themenbereichen eine Rolle spielen und diesen inhaltlich vorgeschaltet sind, wurden so nie ausdrücklich thematisiert. Die hier notwendige Klärung hat bis heute nicht stattgefunden.
2. Zusätzlich hat sich die Arbeit der Fachausschüsse weitgehend *neben* der Parteiöffentlichkeit abgespielt. Die hier geführten Diskussionen sind kaum in diese hineingetragen worden. Stattdessen wurde eine Satzung für die Fachausschüsse beschlossen, die eine weitgehende Geheimhaltung deren Diskussionen verlangte.
3. Mit dem Austritt von Lucke und seiner ALFA-Truppe hat sich an diesem Konzept nichts geändert. Die Parteiöffentlichkeit wurde so fast zwei Jahre auf Distanz zu den Fachausschüssen gehalten. Jetzt entlädt sich sozusagen die angestaute Diskussionsenergie in einer solchen Fülle von Anträgen, dass diese im vorgegebenen Zeitbudget nicht mehr zu bewältigen ist.

Um auf unserem Stuttgarter Programm-Parteitag ein für die Partei sinnvolles und auch nach außen ausreichend vermittelbares Ergebnis zu erzielen, habe ich nun am 8.4.2016 über den KV Konstanz den Beschlussantrag gestellt, ein von mir verfasstes grundsätzliches Programmpapier (*Konstanzer Entwurf*) als Rohentwurf für das Partei-Grundsatzprogramm und die Vorlage des Bundesvorstandes als „erläuternden Kommentar“ zu diesem Programm zu behandeln. Verschiedene Diskussionen der

letzten Tage haben gezeigt, dass es besser ist, statt von „Grundsatzprogramm“ und „erläuterndem Kommentar“ von „vorgeschalteter Grundsatzerklärung“ und „Wesentlichen politischen Forderungen“ zu sprechen. Das bedeutet nicht nur eine Änderung der Begriffe, sondern auch eine andere Einschätzung der Wertigkeit der beiden Vorlagen. Der Konstanzer Beschlussantrag sollte deshalb folgendermaßen umformuliert werden.¹ Der Programmtext selbst wurde im geschichtlichen Teil stark gekürzt. An einigen Stellen wurden geringfügige Änderungen bzw. Ergänzungen vorgenommen, die mit * gekennzeichnet sind.

***Beschlussantrag für den BPT**

Der BPT möge beschließen:

1. Die vom Bundesparteitag zu verabschiedenden Passagen aus der Vorlage der Bundesprogrammkommission werden unter dem Titel *Wesentliche programmatische Forderungen der AfD* verabschiedet und veröffentlicht. Damit ist klargestellt, dass es sich hier nicht um ein Grundsatzprogramm, sondern um verschiedene programmatische Forderungen handelt, deren Auswahlcharakter aus der Gesamtheit der dem BPT vorgelegten Forderungen durch den Zusatz „Wesentliche“ zum Ausdruck kommt.
2. Der von W. Gedeon eingereichte Text (*Konstanzer Entwurf*) wird unter dem Titel *Grundsatzklärung der AfD zu ihren programmatischen Leitlinien* verabschiedet. Diese Grundsatzklärung ist fester Bestandteil des Programmbeschlusses des Parteitages.
3. Damit verabschiedet der Bundesparteitag eine zweiteilige *Programmatische Erklärung*, deren 1. Teil aus der *Grundsatzklärung* , deren 2. Teil aus den *Wesentliche programmatische Forderungen* besteht. Bruchstellen zwischen den Texten und Überschneidungen werden von den verschiedenen Bundes- und Landesfachausschüssen überarbeitet und, wie auch andere Verbesserungen und Ergänzungen, durch spätere Parteitage bestätigt oder gegebenenfalls verworfen.

***Begründung**

Mit der Verabschiedung dieser zweiteiligen *Programmatischen Erklärung* bekämen die politischen Forderungen der Vorlage der Bundesprogrammkommission die ihnen fehlende historische, kulturphilosophische und geopolitische Dimension. Hierin unterscheidet sich der *Konstanzer Entwurf* deutlich von den anderen Grundsatzvorlagen (*BuVo*, *Niederbayern*, *NRW*). Als *Grundsatzklärung* würde er eine fundierte ideelle Grundlage für die politische Arbeit der AfD gewährleisten.

Eine weitergehende Begründung des *Konstanzer Entwurfs* findet sich in der Broschüre *Grundlagen einer neuen Politik* von Wolfgang Gedeon (Schutzgebühr 10 €, Geringverdienende 5 €, zusätzlich 2 € Versand); Bestellung durch Vorabüberweisung des Rechnungsbetrags auf Konto Gedeon - IBAN DE 50 6925 0035 1055 1293 30 (BIC SOLADES1SNG). Unter Verwendungszweck bitte *vollständige* Zustellungsadresse angeben!

¹ formal Änderungsantrag zum vom Vorstand des AfD-KV KN eingereichten Antrags gemäß dessen Vorstandsbeschlusses vom 5.4. 2016

Wolfgang Gedeon: „Konstanzer Entwurf“

Zusammenfassung: Die vorliegende Grundsatzerklärung nach dem *Konstanzer Entwurf* thematisiert die Kernprobleme einer alternativen Politik und schärft damit in eindeutiger Weise das Profil der AfD gegenüber den etablierten Parteien. Dabei versteht sie die AfD nicht als Reparaturwerkstatt für die verkorkste deutsche Politik der letzten 25 Jahre, sondern als eine neue Partei für eine neue Zeit, die dem 1989 eingeläuteten politischen Paradigmenwechsel gerecht wird. In einem umfassenden historischen Rahmen werden die großen Themen *Nationalismus*, *Identität* und *Laizismus* beleuchtet und der geopolitische Rahmen mit einer notwendigen Neuorientierung in der NATO- und EU-Politik besonders thematisiert. Austrittsforderungen werden hier nicht von vornherein gestellt; wohl aber wird aufgezeigt, was unabdingbare Voraussetzung für einen weiteren Verbleib in diesen Institutionen wäre. Schließlich werden die politischen Eigenschaften skizziert, die die AfD als neue Partei entwickeln muss, um ihrer geschichtlichen Mission gerecht zu werden.

Eine neue Partei für eine neue Zeit!

Grundsatzerklärung der AfD zu ihren programmatischen Leitlinien

1. Geschichtlicher Rahmen²

1.2 *Die alten Griechen waren die ersten Europäer. Sie schufen eine große Kultur und erfanden neben der Philosophie, der Mathematik und anderem auch die Demokratie, die Partizipation von Vielen an der Macht.

1.3 Das geistige Leitprinzip der Demokratie und des antik-griechischen Geistes überhaupt war die Freiheit, das des antik-römischen die Ordnung, nicht nur im Bereich des Politischen und der Macht, auch der Sprache, dem Lateinischen, und des Rechts, dem „römischen Recht“. Rom wurde nach Athen zur zweiten Säule des europäischen Fundaments, aber beide waren noch verankert im System der Sklaverei. Erst die dritte, die des Christentums, bringt den Durchbruch zu Individualität und einem universalen Humanismus: Jeder Mensch ist vor Gott gleich, kein *Sklave*, sondern ein *Kind Gottes*, das sich zum erwachsenen Gott entwickeln kann: die Menschwerdung Gottes nicht wie bei Zeus und Wotan eine Profanisierung des Göttlichen, sondern der Beginn der Gottwerdung des Menschen, der mehr ist als nur Mensch und immer über sich hinaus, ins Göttliche hineinwachsen muss, um er selbst zu werden – dies die Kernidee des Christentums und auch Europas, weshalb Goethe zu Recht sagt: „Europa ist von Wallfahrern gegründet und das Christentum seine Muttersprache“.

1.5 *Dementsprechend verstand sich das neue römische Reich, das Karl der Große mit Papst Leo III. im Jahr 800 aus der Taufe hob, nicht als ein rein weltliches, sondern als ein *Heiliges Römisches Reich*. Schon bald nach Karls Tod spaltete es sich in ein west- und ein ostfränkisches. Aus Letzterem ging das Erste Deutsche Reich hervor, gegründet 963 von Otto dem Großen. Ab dem 12. Jahrhundert bezeichnete es sich selbst als *Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation* – eine Synthese aus weltlicher (Kaiser-) und religiöser (Papst-) Macht: zwei auch örtlich getrennte Machtzentren, immer im Streit miteinander, aber immer wieder vereint, weil aufeinander angewiesen, um das aufzubauen, was zum christlichen Abendland und zum Fundament des heutigen Europas werden sollte und völlig

² Folgende Passagen des Textes vom 8.4. 2016 wurden ersatzlos gestrichen: 1.1, 1.2 (mit Ausnahme des letzten Satzes), 1.5 (die beiden ersten Sätze), 1.4, 1.7 und teilweise 1.8 (erster Satz jetzt in 1.5);

anders war als das, was es in den vorchristlichen Kulturen gab und damals im Orient in Form des islamischen Reiches wieder neu aufgelegt wurde. *Im Urbild der islamischen Kultur gibt es keine Menschwerdung Gottes, hier bleibt Gott Gott und der Mensch Mensch, und Gott so im wahrsten Sinne des Wortes un-menschlich wie auch der Mensch un-göttlich. Dieser unüberbrückbare Gegensatz lässt den Menschen immer nur im Status eines Sklaven Gottes. Nicht Burka oder Bikini – im Gottes- und Menschenbild finden wir den fundamentalen Gegensatz zwischen Islam und Christentum und damit zwischen dem Orient und Europa! Religionssoziologische Folge deshalb auf der einen Seite Despotie und prunkvolle Machtentfaltung, auf der anderen das Bedürfnis nach Freiheit, der faustische Drang zum Höheren, Göttlichen, begabt mit einem Entwicklungspotential, das sich dem Islam bald als weit überlegen erweisen sollte.

1.6 So lag es in der Natur der Sache, dass es zwischen den beiden grundverschiedenen Geschichtsprojekten zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen kam, wobei der Islam immer wieder als Aggressor auftrat: zunächst im Südwesten Europas, als erst Karl Martell, der Großvater Karls des Großen, die islamische Invasion in Südfrankreich stoppen konnte; dann im Südosten der jahrhundertelange Kampf gegen die osmanischen Islamgläubigen. In existenzieller Bedrängnis rief Ostrom (Byzanz) die europäischen Christen um Hilfe. In diesem Sinne waren die Kreuzzüge nichts Anderes als der Versuch, das byzantinisch-christliche Reich gegen die vordringenden Türken zu verteidigen. Diesen gelang es 1453, Konstantinopel zu erobern und 1529 und 1683 sogar bis Wien vorzustoßen. Erst danach konnten unter habsburgischer Führung die islamischen Eroberer Südosteuropas zurückgeschlagen und zu Beginn des 20. Jahrhunderts schließlich auf ihr Kernland in Anatolien zurückgedrängt werden.

2. Reformation und Neuzeit

2.1 Mit der Reformation zerriss das einigende religiöse Band des Reichs, was politisch in der europäischen „Identitätskrise“ des Dreißigjährigen Kriegs offensichtlich wurde. Wohl hatte Luther die kirchliche Autorität erschüttert, doch was er an Freiheit und Unabhängigkeit von Institution und Inquisition erstritten, gab er beim Fürsten wieder ab. Die Universalismächte Papst und Kaisertum verloren an Macht, und das im Zentrum Europas liegende Deutsche Reich wurde erheblich geschwächt. Es spaltete sich in zahlreiche Fürstentümer und Duodezherrschaften auf. Die peripheren Mächte aber – Schweden, Frankreich und dann Groß-Britannien – erstarkten und gewannen immer mehr Einfluss auf das Schicksal Mitteleuropas.

2.2 Politisch ist das Erste Deutsche Reich im Dreißigjährigen Krieg untergegangen, rechtlich erst durch die auf napoleonischen Druck hin erfolgte Abdankung von Kaisers Franz II. im Jahr 1806. Im Zweiten Reich, unter Bismarcks Führung 1871 gegründet, dominierte dann der protestantische Norden Deutschlands dessen katholischen Süden. Wissenschaft und Technik entwickelten sich mächtig, kulturelle Harmonie (Kulturkampf) und europäischer Frieden eher nicht. *Mit der Abdankung Kaiser Wilhelms II. im Jahr 1918 ging Deutschland im verhängnisvollen Mächtepoker des Weltkriegs unter. Rechtlich existiert das Zweite Deutsche Reich weiter: über die Weimarer Zeit und auch das sog. III. Reich hinaus bis heute. Laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973 ist die Bundesrepublik Deutschland nicht ein Nachfolgestaat des 1871 gegründeten Reichs, sondern rechtlich identisch mit diesem.

2.3 *Durch den Versailler Vertrag nicht unwesentlich gefördert, konnte sich in den 1930er Jahren eine rassistisch-nationalistische Bewegung an die deutsche Staatsspitze hieven, die mit ihrer Politik 1945 den totalen geistigen und politischen Zusammenbruch Deutschlands verursachte. Dieses war danach politisch fremdbestimmt: im Westen durch die amerikanische, im Osten durch die sowjetrussische Siegermacht. Eine nationale Identität spielte in beiden deutschen Teilstaaten keine

große Rolle mehr. Im Westen wurde sie durch einen amerikanisch geprägten Wirtschafts- bzw. DM-Nationalismus ersetzt, im Osten durch eine mehr oder weniger kommunistische Identität.

2.4 *Mit der durch den Niedergang der Sowjetunion ermöglichten Wiedervereinigung Deutschlands von 1989 flammte der nationale Gedanke in Deutschland wieder auf. Doch schon bald zeigte sich, dass die westlichen Eliten in Washington, Brüssel und Berlin die deutsche Wiedervereinigung im Wesentlichen als eine strategische Osterweiterung von NATO und EU verstanden. Die geopolitische Situation hat sich 1989 auch für Deutschland grundsätzlich geändert. Wir sind jetzt für die Amerikaner wieder mehr Konkurrent als Bündnispartner, und die unverbrüchliche Westintegration in NATO und EU, im Kalten Krieg noch Voraussetzung für den Aufstieg Deutschlands, bedeutet heute eine gefährliche Verstrickung in geopolitische Interventionen der USA sowie den (supra-)nationalen und (multi-)kulturellen Niedergang Deutschlands.

3. Amerikanisierung, Globalisierung und geopolitische Situation

3.1 Mit der französischen Revolution und der amerikanischen Staatsgründung löst sich die christliche Ethik aus ihrem religiösen Nährboden und wird zu einer säkularen Menschenrechtsethik: Die ursprünglich christlichen Ideen von geistig-moralischer Freiheit, von Gleichheit aller Menschen vor Gott, von universaler Nächstenliebe usw. werden politisiert und verstaatlicht. Die Gründung der USA war keine Staatsgründung im üblichen Sinn. Hier verschmolzen nationale mit religiösen Elementen zu einem säkular-religiösen Glauben. Man fühlte sich auserwählt und war fest entschlossen, den Rest der Welt im eigenen Sinn zu missionieren und mit dem neuen Menschheitsglauben zu beglücken. Die USA, so die Überzeugung, würden das Schicksal der Menschheit bestimmen, ohne eigene oder gar imperialistische Interessen zu verfolgen. Es sei unmöglich, so Thomas Jefferson, einer der ersten amerikanischen Präsidenten, „nicht zu erkennen, dass wir für die ganze Menschheit handeln“.

3.2 Während man in der ganzen Welt mit großem Pathos die Universalität der Menschenrechte einforderte, führte man zuhause die Negerklaverei ein und rottete die Indianer per Genozid aus. Bigotte Selbstüberschätzung gehörte von Anfang an zur Grundausstattung des amerikanischen Menschenrechtsglaubens und manifestiert sich auch heute noch in der politischen Praxis der USA: Was ein Menschenrecht ist, bestimmen wir, die Amerikaner, und was auch immer wir tun, ist eben eine Verwirklichung dieser „Menschenrechte“!

3.3 „Westen“ bedeutet die Vereinnahmung Europas durch die USA, „Globalisierung“ die ab 1989 systematisch betriebene weltweite Verbreitung des amerikanischen Zivilisationsmodells. Die US-Amerikaner sind die treibende Kraft der Globalisierung, und *Globalisierung* und *Amerikanisierung* bedeuten deshalb weitgehend das Gleiche.

3.4 Es gibt heute vier geopolitische Hauptakteure, deren Kräfteverhältnis untereinander durch das Verhältnis ihrer verschieden hohen Wehretats der letzten Jahre charakterisiert werden kann. So ist der Wehretat der Vereinigten Staaten von Amerika etwa viermal höher als der des nächsten Konkurrenten China; der Chinas etwa doppelt so hoch wie der russische, und dieser wiederum doppelt so hoch wie der deutsche. Ohne Zweifel sind die USA die derzeit einzige Supermacht, nämlich diejenige, die in der Lage ist, in *alle* wesentlichen Probleme der Welt politisch wirkungsvoll einzugreifen, was sie seit 1989 auch ausgiebig praktiziert haben: in zwei Irak-Kriegen, einem Serbien-Krieg, einem Afghanistan-Krieg, einem Libyen-Krieg und verschiedenen anderen Interventionen. In der Finanzkrise 2008 zeigte sich dann erstmals, dass die USA wirtschaftlich angeschlagen sind und auch ihr politisches und nicht zuletzt moralisches Ansehen durch ihre kriegerische Außenpolitik erheblich gelitten hat. Heute sind sie eine Supermacht im Niedergang, während China trotz verschiedener Rückschläge als aufsteigende Supermacht gesehen werden kann. Dennoch werden die Amerikaner nicht nur militärisch, sondern auch durch bestimmte Schlüsselindustrien (Hard- und

Software, Waffen- und Informationstechnologie, soziale Netzwerke usw.) politisch und wirtschaftlich noch für einige Zeit weltweit die Nummer 1 bleiben. Darauf sollten sich Konkurrenten und Gegner einstellen.

3.5 China reagiert international eher defensiv, expandiert vor allem wirtschaftlich – hier ist es zum größten globalen Gläubigerstaat geworden - und verhält sich aggressiv nur im Umfeld der eigenen Grenzen. Russland ist keine Supermacht mehr, aber militärisch noch ein Riese. Deutschland hingegen ist nicht nur keine Weltmacht, sondern hat auch im Hinblick auf Bevölkerungsgröße, Territorium, Bodenschätze usw. kein Potenzial dazu. Seine derzeitige geopolitische Stärke ist geoökonomisch: Sie basiert auf seiner Wirtschaftskraft. Geopolitisch kann es nur im Bündnis mit anderen Staaten Bedeutung erlangen. Je nach geopolitischer und europäischer Gesamtlage muss es sich eine Bündiskonstellation suchen, die ihm maximale Souveränität und Selbstentfaltung ermöglicht.

3.6 Was den Islam anlangt, so ist er eine geo-ideologische Macht, politisch aber insofern unbedeutend, als sich die islamischen Staaten in heftigen Auseinandersetzungen gegenseitig schwächen. Großbritannien und Frankreich hingegen können nicht mehr, und Indien und Brasilien noch nicht als wirkungsvolle geopolitische Akteure gesehen werden.

3.7 Die Geopolitik der USA ist auf Erhalt und Ausdehnung der eigenen Weltmachtposition ausgerichtet. Dabei schätzen einige US-Strategen China und den Islam, andere Russland und einige auch Deutschland und Europa als das Hauptproblem ein. Gerade eine engere staatliche Kooperation zwischen Deutschland und Russland - darin sind sich die amerikanischen Denkfabriken einig - könnte die Weltmachtposition der USA in Europa und damit in der ganzen Welt gefährden. Deshalb versucht man, Deutschland als Juniorpartner noch intensiver einzubinden: militärisch über die NATO, politisch über die EU – so gesehen der zivile Arm der NATO – und wirtschaftlich über Freihandelsabkommen wie TTIP, die man in Amerika treffend als „Wirtschafts-NATO“ bezeichnet, als Instrument also, um Deutschland, wie schon militärisch in der NATO, auch wirtschaftlich amerikanischen Interessen unterzuordnen.

4. Deutsche Geopolitik

4.1 Innerhalb der westlichen Allianz betrachten die USA jetzt Deutschland also eher als Konkurrenten denn als Bündnispartner. So greift man in innereuropäische Gegensätze ein und unterstützt, wenn es gegen Deutschland geht, osteuropäische Staaten oder Griechenland oder Frankreich – so geschehen bei der Euro-Rettung, aber auch bei der Massenzuwanderung usw. Letztlich sind sich die Amerikaner wohl bewusst, dass Deutschland inzwischen geopolitische Alternativen zur Juniorpartnerschaft mit den USA hätte, die Henry Kissinger so formuliert:

- Deutschland verzichtet zwar auf geopolitische Aktivität, tritt aber als eine Art Mini-UNO auf und hält den Amerikanern politische Moralpredigten.
- Deutschland wird geopolitisch aktiv und bleibt dabei aber neutral, d. h. entscheidet sich nicht für eine der beiden Seiten (USA oder Russland), sondern versucht eine Vermittlerrolle einzunehmen.
- Deutschland löst sich weitgehend vom amerikanischen Einfluss und tritt in ein Bündnis mit Russland ein. Das wäre freilich nicht nur eine transatlantische, sondern eine weltpolitische Revolution, für die Kissinger massive Konsequenzen androht.

4.2 Folgt Deutschland seinen amerikanischen Ratgebern und baut seine Rolle als Juniorpartner der USA aus, bedeutet das nicht nur totale Integration in EU und NATO, sondern auch totale, ja totalitäre Implementierung des amerikanisch-westlichen Systems in Deutschland und Europa. Wir würden gezwungen, unsere nationale und kulturelle Identität vollständig zu opfern, und als geographische

Region mit ein paar traditionellen Besonderheiten im sog. Westen aufgehen. Die Brüsseler EU würde als Zwischenstufe und Umsetzungsinstrument dieses Verwestlichungsprozesses fungieren, der folgendermaßen zusammengefasst werden kann:

- Umsetzung einer immer aggressiveren militärischen Interventionspolitik der USA
- systematische geopolitische Polarisierung in Richtung eines neuen kalten und gegebenenfalls. auch heißen Krieges gegen Russland
- systematische Auflösung der Nationalstaaten von oben durch supranationale Konstrukte (EU) und von unten durch Bevölkerungsaustausch (Massenzuwanderung)
- Herrschaft der Wall Street-Banken und Hedge-Fonds über die Weltwirtschaft u.a.

Dies wäre der Preis, den Deutschland und Europa für die Beibehaltung und Intensivierung der Westbindung zu zahlen hätten.

4.3 Deutschland ist zu klein, um geopolitisch allein agieren zu können, und zu groß, um sich als eine Art Schweiz geopolitisch zurückziehen zu können, wie das bis 1989 bis zu einem gewissen Maß möglich war. Wenn Deutschland den Weg weiterer Verwestlichung aus den dargestellten Gründen nicht gehen will, bleiben ihm (nach Kissinger) eine mehr oder weniger neutrale Vermittlerrolle oder aber eine geopolitische Umorientierung in Richtung eines eurasischen Bündnisses. Wohl birgt dieses das Risiko amerikanischer Interventionen in sich wie auch die Gefahr, als Juniorpartner Russlands in ähnliche Abhängigkeit zu geraten wie jetzt als Satellit der Amerikaner. Beide Gefahren würden aber durch eine europäische Lösung abgefedert: wenn es nämlich gelänge, ausreichend viele und auch starke europäischen Staaten für den Emanzipationsprozess Europas von den USA zu gewinnen!

5. Deutschland und Europa

5.1 Deutschland braucht Europa, Europa braucht Deutschland. Die Frage ist nur, was wir unter „Europa“ verstehen. Sind „EU“ und Europa dasselbe, wie es die Eurokraten darstellen? Oder ist die EU womöglich ein *europafeindliches* Gebilde, das die europäische Gemeinschaft eher zerstört? So zumindest wird es jetzt in der Euro-Rettungs- und in der Flüchtlingspolitik der EU augenscheinlich.

5.2 Es gibt zwei Modelle von Europa. Das eine ist mit dem Namen Churchills verbunden, der 1946 in Zürich die „Vereinigten Staaten von Europa“ ausrief, damit aber nichts anderes meinte als einen starken Staatenblock als Gegengewicht zur Sowjetunion, die durch den Zweiten Weltkrieg zur führenden Macht auf dem Kontinent aufgestiegen war. Churchills Vorschlag wärmte die alte britische Balancepolitik zur Wahrung angloamerikanischer Interessen in Europa auf.

5.3 Das europäische Gegenmodell ist mit den Namen de Gaulles und Adenauers verbunden: ein von den USA unabhängiges Europa, das diese Unabhängigkeit als entscheidende Voraussetzung für die eigene Handlungsfreiheit betrachtet und heute in der Emanzipation von den USA den wichtigsten Sinn einer europäischen Vereinigung sieht.

5.4 Die Brüsseler EU entspricht zu 90 % dem Modell von Churchill. Institutionell ist sie supranationalistisch, d. h. auf das Ziel eines europäischen Einheitsstaates mit einer Zentralregierung ausgerichtet, für die die heutige Kommission als Vorstufe gilt. In einem gaullistischen Europa wird dieses supranationalistische Konzept zugunsten eines intergouvernementalen Ansatzes verworfen: Europa in diesem Sinn ein zwischenstaatliches (= intergouvernementales) Bündnis, in dem alle Staaten ihre volle Souveränität behalten. Bleiben kann von der EU der Europäische Rat, also das Gremium der Regierungschefs der verschiedenen Einzelstaaten, wohingegen das Europaparlament in ein reines Beratungsforum umgewandelt wird. Dieses wird nicht gewählt, sondern setzt sich aus Delegierten der verschiedenen nationalen Parlamente zusammen, die hier Gedanken zur europäischen Einheit austauschen und Impulse für gemeinsame Unternehmungen setzen können

und sollen. Die sog. Brüsseler Kommission würde jeden Charakter als Vorstufe einer Zentralregierung verlieren und nur noch ein den Regierungschefs zuarbeitendes und beratendes Gremium darstellen, dessen Mitglieder von den jeweiligen Regierungen ernannt werden und etwa im Range eines Staatssekretärs zu stehen hätten. Eine solche anti-supranationalistische Europapolitik bedeutet de facto eine Rückkehr nicht nur zu Maastricht, sondern zur Zeit vor Maastricht, zur EG, zu einem Europa der Vaterländer im Sinne de Gaulles als institutioneller Voraussetzung für ein Europa, das als ein von USA und NATO unabhängiger Global Player agieren kann.

5.5 Will man verhindern, dass Deutschland in der Brüsseler EU und über diese im amerikanischen Westen bis zur Unkenntlichkeit aufgelöst wird, bedarf es eines solchen Paradigmenwechsel in der deutschen Europapolitik.

5.6 Ähnliches gilt für die NATO. Angesichts US-amerikanischer Hegemonialpolitik ist ihre Europäisierung – d.h. die Entwicklung hin zu einer rein europäischen NATO – das Gebot der Stunde. Ebenso wie heute die EU Europa politisch den USA unterordnet, so tut dies die NATO militärisch. Diese Unterordnung schränkt die politische und kulturelle Entfaltung Deutschlands und Europas erheblich ein und sollte in den nächsten Jahren grundsätzlich beendet werden.*

5.7 Dabei gilt es schon jetzt, rote Linien zu markieren, die für einen weiteren Verbleib in NATO und EU nicht zu überschreiten sind. Nicht hinnehmbar beispielsweise ist eine Mitgliedschaft Deutschlands in einer EU, in die die von ihrem Grundwesen her islamische Türkei als Mitglied beitrifft. Sollten die entsprechenden EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nicht abgebrochen werden, müsste das zu einem deutschen Austritt gemäß Art. 50 der europäischen Verträge führen. Ähnliches gilt für die Implementierung der TTIP-Verträge in Europa. Sie würden die deutsche Wirtschaft in vielerlei Hinsicht amerikanischen Interessen unterwerfen und darüber hinaus, wie schon die vorbereitenden Geheimverhandlungen gezeigt haben, diktatorische Befugnisse Brüssels über Deutschland ausbauen: Nicht einmal die Bundestagsabgeordneten durften sich Kopien von den zwischen EU und amerikanischer Regierung ausgehandelten Verträgen machen. Eine solche EU-Diktatur kann von Deutschland nicht hingenommen werden.

5.8 Was die NATO anlangt, so kann sich Deutschland von den USA nicht in einen Krieg gegen Russland hineintreiben lassen. Noch weniger entspräche es unseren Interessen, wenn uns ausgerechnet die Türkei in einen NATO-Bündnisfall gegen Russland hineinmanövierte. Auch eine Teilnahme an ständig neuen internationalen Interventionsmanövern der Amerikaner wäre für Deutschland nicht tragbar und würde seine weitere Mitgliedschaft in der NATO auch kurzfristig* infrage stellen.

5.9 Schließlich erwarten wir, dass die USA ihre Stützpunkte in Deutschland aufgeben, von denen zahlreiche amerikanische Drohnen- und andere Militäreinsätze ausgehen, und ihre Truppen mitsamt den in der Eifel gelagerten Atomwaffen aus Deutschland abziehen. Wir haben auch kein Verständnis mehr dafür, dass unser Staat in der UNO immer noch als „Feindstaat“ geführt wird (sog. *Feindstaatenklausel*), was zum Beispiel die USA ermächtigt, Gesetze zu erlassen, die diejenigen des Deutschen Bundestags aufheben und im Extremfall sogar eine Kriegsführung gegen Deutschland ohne vorherige Kriegserklärung ermöglichen.

5.10 Dies alles sind keine politischen Kleinigkeiten. Es geht um essenzielle und existenzielle Probleme deutscher Souveränität und Handlungsfreiheit. Wenn die Vereinigten Staaten von Amerika diese Forderungen missachten, muss ein Austritt Deutschlands aus der NATO erwogen werden. Eine deutsche Außenpolitik, die das bisherige Koordinatensystem von NATO und EU unangetastet lässt – womöglich mit neuen Treueschwüren in Richtung Washington – wäre nicht nur keine Alternative für Deutschland, sondern ein Verrat elementarer deutscher Interessen.

6. Islam und Europa

6.1 Nach der Emanzipation Deutschlands von der Supermacht USA ist die Bedrohung durch den Islamismus das zweite große Problem deutscher Politik. Es ist das Ziel des Islam von Mohammed bis heute, die Ungläubigen, und damit meint man nicht zuletzt die Christen, seiner religiösen und politischen Herrschaft zu unterwerfen. Dies gilt für den politischen wie für den dschihadistischen Islam in gleicher Weise, wobei der *dschihadistische* von vornherein auf militärische d.h. terroristische Gewalt setzt, der *politische* dagegen auf Massenzuwanderung, auf Demographie (junge Moslems gegen alte Deutsche), auf Parallelgesellschaften und schließlich auf Zeit.

6.2 Es geht hier also nicht um eine *endogene* Islamisierung, nicht um die Konversion einheimischer Europäer zum Islam, sondern um eine *exogene*, um einen *Import* des Islam durch Massenzuwanderung nichteuropäischer Muslime. Diese werden nicht in der (europäischen) Stammgesellschaft, sondern in einer islamischen Parallelgesellschaft „integriert“. Letztere soll dann immer mehr anwachsen, erstere immer mehr schrumpfen: eine systematische Islamisierung von unten, bei der zwei Prinzipien von besonderer Bedeutung sind, die Erdogan, Islamist und türkischer Staatspräsident, folgendermaßen formuliert:

- „Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.
- „Die Demokratie ist der Zug für uns. Wenn wir am Bahnhof sind, steigen wir aus“!

6.3 Das Assimilierungsverbot ist die Grundlage für die Bildung von Parallelgesellschaften und damit für die Islamisierung der westlichen Gesellschaften, und die Täuschung der „ungläubigen“ Europäer durch pseudodemokratische Tarnung gehört zur Grundausrüstung islamistischer Strategie. Sie ist im Islam theologisch als *Takya* verankert und für Moslems nicht nur legitim, sondern vorgeschrieben, wenn sie der Ausbreitung ihrer Religion dient.

6.4 Zur weiteren Taktik des Islamismus gehören viele kleine Schritte, die immer selbstverständlicher den europäischen Gesellschaften abverlangt werden: Schweinefleisch-freie Schulkantinen, Änderung von Friedhofsordnungen (eigene Areale für Muslime, keine Sargbestattung), Anerkennung der Tetragamie in der gesetzlichen Krankenversicherung: Im Gegensatz zu deutschen Versicherten kann ein Moslem bis zu vier Frauen als Familie mitversichern usw.

6.5 Die Islamisierung der deutschen Gesellschaft ist ein gesteuerter Prozess: Ankara hat ein Netzwerk von über 800 Moschee-Gemeinden über Deutschland ausgebreitet, die vom Religionsministerium in Ankara über von dort entsandte Imame dirigiert werden. Immer wieder finden Großveranstaltungen mit Vertretern der türkischen Regierung in deutschen Arenen statt, und systematisch werden Islam-Lobbyisten in den Medien eingesetzt, vor allem in Fernseh-Talkshows. Selbst nach islamistischen Terroranschlägen lamentieren sie noch über „Diskriminierung“ und „Generalverdacht“, denen Muslime bei uns angeblich ausgesetzt seien, und schleudern von den Linken übernommene Kampfbegriffe – „Islamphobie“, „Religionsrassismus“ usw. – der deutschen Mehrheitsgesellschaft entgegen.

6.6 Sie sind damit sehr erfolgreich in Europa, nicht zuletzt deshalb, weil sie mit den USA, von diesen als „gemäßigte“ Islamisten anerkannt, einen de facto-Deal geschlossen haben: Die Türken stellen den USA ihr Land weiterhin als für die amerikanische Geopolitik essenziellen NATO-Standort zur Verfügung. Dafür unterstützen die USA die muslimische Massenzuwanderung nach Europa und einen baldigen EU-Beitritt der Türkei – gegen den Widerstand der Europäer. Das saudische Königshaus seinerseits, das zweite außenpolitisch aktive Islam-Zentrum, garantiert den USA seit 1945 eine ausreichende Öl-Versorgung und bekommt dafür nicht nur Waffen und das Schutzversprechen für den Erhalt der eigenen Dynastie: Offensichtlich haben die Amerikaner nichts dagegen, wenn sich auch die Saudis engagiert bei der Islamisierung Europas einbringen, vom Bau zahlreicher

Prunkmoscheen bis hin zu verdeckter Unterstützung der IS-Terroristen. Geopolitisch und -ökonomisch sind den USA die türkischen und saudischen Islamisten näher als die Europäer; mutmaßlich* betrachten sie eine durch Islamisierung bewirkte Schwächung des geopolitischen Konkurrenten Deutschland sogar als erwünschten Nebeneffekt.

6.7 Den Islamisten geht es in Europa um die Erhöhung des islamischen Bevölkerungsanteils und noch mehr um die Etablierung des Islamismus als politisch-religiösem System. Es ist ein Irrtum zu glauben, eine Scharia-Herrschaft könne erst errichtet werden, wenn 51 % der Bevölkerung Moslems sind. In kommunistischen Systemen zum Beispiel war nie die Mehrheit der Bevölkerung kommunistisch. Es genügten 10-15 % aktiver Kommunisten, um eine entsprechende Diktatur zu errichten. Das sollte man sich auch im Fall des Islam vor Augen halten! Die Gefahr, die im Kalten Krieg vom Kommunismus ausging, stellt heute der Islamismus dar.

6.8 So steht Europa zwischen der Skylla einer amerikanischen Globalisierung durch Wall Street und Pentagon und der Charybdis einer von Ankara und Riad gesteuerten Islamisierung.

7. Identität und Multikulturalismus

7.1 Identität ist das, was Menschen zu einer Einheit verbindet; was aus einer Gesellschaft eine Gemeinschaft und aus einer Bevölkerung ein Volk macht. Es geht um Herkunft, Sprache, Kultur, Sitten und Gebräuche, politische Vorstellungen und anderes. Unsere ethnokulturelle Identität ist deutsch-europäisch, wobei wir das geistige, sprich kulturelle Moment stärker gewichten als das ethnisch-biologische. Letzteres verwerfen wir nicht, relativieren es aber und unterstellen es dem Primat der Kultur. Identität in unserem Sinn ist deshalb nicht exklusiv: Sie schließt Zuwanderer mit anderer Herkunft nicht aus, erwartet von ihnen aber eine kulturelle Anpassung an die aufnehmende Gesellschaft. Integration in diesem Sinne bedeutet neben wirtschaftlicher Selbstversorgung (Unabhängigkeit von Sozialtransfers) vor allem Anerkennung der deutsch-europäischen Leitkultur. Assimilation bedeutet darüber hinaus ein langfristiges Verschmelzen mit dieser Kultur; ein Vorgang, der in der Regel ein bis drei Generationen dauert. Integration und Assimilation sind eine Bringschuld der Zuwanderer!

7.2 Herkunft bzw. Abstammung stellt die *ethnisch-biologische**, Kultur die *weltanschaulich-geistige* Dimension einer gemeinsamen Identität dar. Ihre *politische* Dimension schließlich zeigt sich in der rechtlichen Verfasstheit einer Gesellschaft und den dieser zugrunde liegenden Werten. Der Begriff *Patriotismus* hebt dabei auf die emotionale Seite dieser Identität ab. Ein reiner Herkunftspatriotismus bedeutet eine geschlossene Gesellschaft ohne Zuwanderung. Ein reiner Verfassungspatriotismus, dem es nur um das Einhalten von Gesetzen, also um bloßes Nicht-kriminellwerden geht, taut dagegen nicht für einen stabilen und nachhaltigen Zusammenhalt einer Gesellschaft. Er führt zu einer identitätslosen Ansammlung von Individuen, denen die Fähigkeit zu gemeinsamem Handeln fehlt.

7.3 Während ein alleiniges Abstammungsprinzip ein zu starres und zu Stagnation führendes Einheitsprinzip darstellt, ist ein bloßes Verfassungsbekenntnis ein zu flüchtiges. Kann es doch sowohl vom Einzelnen als auch von der Gesellschaft kurzfristig geändert und ausgetauscht werden! Wenn man hingegen die Kultur zum entscheidenden Einheitsband macht, geht man weder von einem völlig unveränderbaren noch von einem eher einfach veränderbaren Einheitsmerkmal aus. Stattdessen geht man von einem Einheitsmerkmal aus, das wohl grundsätzlich verändert werden kann, doch nur langfristig. Eigene Bereitschaft und Zutun sind erforderlich, um diesen Prozess zu ermöglichen und gegebenenfalls zu beschleunigen: das Modell einer Gesellschaft, die auf Stabilität und Zusammenhalt setzt und sich je nach Bedarf und Notwendigkeit mal mehr und mal weniger für Zuwanderung öffnet.

In jedem Fall hat die Aufnahmegesellschaft über die Zuwanderung zu entscheiden und nicht der Zuwanderer.

7.4 Indem wir uns zum Kulturpatriotismus bekennen, grenzen wir uns von rechts (reiner Abstammungspatriotismus) und von links (reiner Verfassungspatriotismus) ab. Wir wollen eine kulturell homogene bzw. *gemäßigt* heterogene Gesellschaft nach dem Suppe-Salz-Prinzip: ein bisschen Salz ist unabdingbar für den Geschmack, eine größere Menge macht die Suppe ungenießbar!

7.5 Unsere ethnokulturelle Identität ist deutsch, was sich besonders in unserer Sprache artikuliert. Die Muttersprache ist das wesentliche Element nationaler Identität. Unsere Identität ist aber auch europäisch. Das bedeutet: In unseren europäischen Nachbarn nehmen wir mehr Einheit und Verwandtschaft als Verschiedenheit und Fremdheit wahr, was bei nichteuropäischen ethnokulturellen Identitäten umgekehrt ist.

7.6 Deutschland ist der Staat der Deutschen. Bei aller Relativierung des Abstammungsprinzips wollen wir auch diesbezüglich deutsche Mehrheitsverhältnisse langfristig erhalten. Der Multikulturalismus dagegen versucht, durch Massenzuwanderung eine ethnokulturelle Heterogenität künstlich zu erzeugen und macht diese zum Grundprinzip einer Gesellschaft. Solchen Gesellschaften fehlt der langfristige Zusammenhalt, das Nebeneinander überwiegt das Miteinander und wird in Krisensituationen schnell zum Gegeneinander. Deshalb bergen multikulturelle Gesellschaften ein hohes Konfliktpotenzial bis hin zum Bürgerkrieg in sich. Für Dynastien und Machtcliquen, die Völker beherrschen und ausbeuten wollen, ist das gut gemäß dem alten Spruch: *teile und herrsche*. Uns aber geht es um die Interessen des Volkes und das Gemeinwohl und damit um inneren Frieden, Einheit und Harmonie in diesem Staat. Deshalb lehnen wir Multikulturalismus als konstitutiven Faktor einer Gesellschaft ab.

8. Europäischer Humanismus und amerikanischer Humanitarismus

8.1 Neben der Reformation entwickelte sich zu Beginn der Neuzeit, diese konstituierend, der Humanismus aus der abendländischen Kultur heraus. Er ist vor allem mit dem Namen des *Erasmus von Rotterdam* verbunden, der sich gegen die Dogmatisierung von Religion und eine ritualistische Veräußerlichung des Glaubens einsetzte. Im Gegensatz zur Reformation Luthers und besonders Calvins verteidigte er theologisch die Willensfreiheit des Menschen.

8.2 *Französische und amerikanische Revolution individualisierten und politisierten diese Freiheit zu einer Meinungs-, Demonstrations- und vor allem Glaubensfreiheit, gegen Gesinnungsjustiz und religiöse Repression, wie sie damals vielfach von der kirchlichen Inquisition betrieben wurden. Durch die politische Umsetzung dieser Ideen und ihre Verankerung in der Gründungscharta der *Vereinigten Staaten von Amerika* wurde individuelle Freiheit in den USA zum höchsten politischen Gut. Dies förderte aber auch eine massive soziale Ungleichheit, wie sie noch heute für die USA typisch ist. Nach dem Zweiten Weltkrieg und besonders nach 1989 entwickelten sich auf dem Nährboden dieses extremen Individualismus dekadente libertär-sexualistische Ideologien, durch die sich das Individuum im Hinblick auf Reproduktion (Abtreibung, „sexuelle Präferenz“) von seiner sozialen Verantwortlichkeit entkoppelt und nicht einmal mehr biologische Grundgegebenheiten, wie der natürliche Unterschied von Mann und Frau, als selbstverständlich hingenommen werden.

8.3 Wir lehnen die amerikanische Menschenrechtsethik (Humanitarismus) nicht grundsätzlich ab und anerkennen die Weiterentwicklung abendländischer Ethik durch sie in Richtung individueller Freiheit. Dem Emanzipationsexzess aber, in den sich die amerikanisch-westliche Aufklärung jetzt hineingesteigert hat (Gender, Fremdenkult usw.), stellen wir uns entgegen und fühlen uns verpflichtet, die dort verkündeten Ideale sozial, politisch, kulturell und religiös zu relativieren:

8.4 *Sozial*: indem wir z. B. Sexualität nicht vorrangig als Möglichkeit individueller Selbstverwirklichung oder gar maximalen Lustgewinns betrachten. Vielmehr sehen wir sie in soziale Verantwortlichkeit gestellt, die gerade Familien nicht zerstören und nicht zuletzt auch dem Gesichtspunkt von Fortpflanzung und Erhalt einer Gesellschaft, je nach individueller Möglichkeit, gerecht werden sollte. Ein Staat, der diese Prinzipien aufgibt, gibt sich selbst auf und geht über kurz oder lang schon aus biologischen Gründen unter.

8.5 Weiterhin relativieren wir die amerikanische Menschenrechtsethik *politisch*: indem wir zum Beispiel nicht jeden oppositionellen Aufstand – siehe diverse „Farbrevolutionen“ – unterstützen, sondern erst einmal fragen, ob er nur Partikularinteressen gewisser Aktivisten oder tatsächlich das Gemeinwohl des Staates insgesamt fördert. Amerikanische Interventionen der letzten Jahrzehnte, immer wieder menschenrechtlich begründet, haben mit ihrer Revolutionsethik sehr viel an notwendiger politischer Ordnung zerstört und zahlreiche Staaten in Bürgerkrieg und Chaos gestürzt.

8.6 Wir relativieren die Menschenrechte auch *kulturell*: indem wir unterstellen, dass diese durch jeweils verschiedene Prägung der Menschen in den verschiedenen Kulturen unterschiedlich verstanden werden können und müssen. Die vom Calvinismus geprägten USA wännen zum Beispiel, weibliche Gleichberechtigung müsse sich gesellschaftlich vor allem, ja ausschließlich in der beruflichen Stellung der Frau verwirklichen. Sollte es nicht selbstverständlich sein, dieses Ideal auch über die Position der Frau in der Familie oder durch die Zahl der Kinder oder durch irgendetwas anderes zu definieren? Kann man wirklich Abtreibung als Menschenrecht der selbstbestimmten Frau definieren und dann Kulturen, die das Kindesrecht auf Leben höher bewerten, eine minderwertigere Ethik vorwerfen? Die Interpretationshoheit, die westliche Politiker und Medien in Menschenrechtsfragen beanspruchen, stellt die eigene, die amerikanisch-westliche Zivilisation über alle anderen Kulturen, was nicht ein Zeichen hoch entwickelter Menschenrechtspolitik, sondern kulturimperialistischer Anmaßung darstellt.

8.7 Schließlich gilt es, die Menschenrechte auch *religiös* zu relativieren: Bei aller Zentrierung auf den Menschen leitet der europäische Humanismus daraus nicht dessen Autonomisierung ab und betrachtet eine solche als Bruch einer dem Menschen vorgegebenen Schöpfungsordnung. Erst eine solche macht dessen Höhenflug zu Freiheit und Selbsttranszendierung überhaupt möglich. Im Gegensatz zum amerikanisch-westlichen Humanitarismus geht es dem europäischen Humanismus also nicht nur um *Menschenrechte*, sondern auch um *Menschenpflichten* und, wenn man so will, auch um *Gottesrechte*.

9. Kampf der Kulturen, Laizismus und Leitkultur

9.1 Kultur ist die geschichtlich-traditionelle Dimension der Lebensweise einer Gesellschaft, eines Volkes. Sie spielt auch in der Politik, heute mehr denn je, eine herausragende Rolle³. Wer dies, wie die westliche Politik, nicht verstehen will, richtet viel Schaden und Unheil an. Auch in Deutschland müssen wir wieder lernen: Ein Land, das nicht in seiner Geschichte und in seinen Traditionen wurzelt, hat keine Zukunft.

9.2 Es geht in der Politik nicht nur um Weltanschauungen (Ideologien) und Einflussphären, sondern auch um die Auseinandersetzung von Kulturen, d. h. der verschiedenen Eigenheiten und Identitäten von Staaten und Völkern. Diese Auseinandersetzung findet nicht nur inter-, sondern auch innernational statt. In Deutschland haben wir eine deutsch-europäische Kultur. Sie wurzelt im europäischen Humanismus und in der abendländisch-christlichen Tradition. Die amerikanisch-westliche Zivilisation hingegen basiert auf säkularer Menschenrechtsethik und ist traditionsfeindlich-

³ Siehe hierzu vor allem S. Huntington *The Clash of Civilizations* 1996 („Kampf der Kulturen“)

modernistisch ausgerichtet. Die islamische Kultur schließlich gründet auf religiösem Fundamentalismus und ist traditionalistisch und fortschrittsfeindlich. Diese drei Kulturen bzw. Zivilisationen stehen sich heute im innereuropäischen Kampf der Kulturen gegenüber. Dabei müssen wir unsere ursprüngliche europäische Kultur gegen die nichteuropäischen – amerikanischen und islamischen – Herausforderer verteidigen und damit Europa wieder in die geistige Mitte zwischen den globalen Extremen stellen.

9.3 Politisch führt die amerikanische Menschenrechtsethik zu einem Laizismus, der nur den nichtreligiösen Kräften einer Gesellschaft das Recht zugesteht, den öffentlichen Raum und das öffentliche Leben gemäß der eigenen Doktrin zu gestalten. Damit stellt man Atheismus und Religionslosigkeit über andere religiöse Einstellungen und ordnet damit letztere ersteren unter. Aus unserer Sicht ist es aber nicht legitim, nichtreligiöse Einstellungen gegenüber religiösen derart zu privilegieren. Es geht vielmehr darum, den Konflikt zwischen beiden gemäß den tatsächlichen Kräfteverhältnissen in der Gesellschaft auszutarieren und diese so zu gestalten, dass sie offen für Religiöses und Säkulares ist, immer wieder einen Ausgleich anstrebt und nicht laizistisch repressiv das Religiöse aus der Gesellschaft zu drängen versucht. Wenn in einer Klasse von 30 Schülern einer will, dass das Kreuzifix im Klassenzimmer abgehängt wird, obwohl es die anderen 29 nicht stört oder diese es sogar ausdrücklich wollen, ist das nicht Ausdruck von Religionsfreiheit und schon gar nicht von Demokratie, sondern ein laizistisches Diktat, ja ein religionspolitischer Skandal!

9.4 Es ist Aufgabe demokratischer Politik, möglichst basisnahe entscheiden zu lassen, ob und wie viel Religion in einem bestimmten staatlichen und gesellschaftlichen Rahmen verwirklicht wird. Dabei bedeutet *europäische Leitkultur*, die wir als Prinzip des „Kampfs der Kulturen“ in Europa einfordern, das Christentum hier als geistige Grundlage im Sinne eines wohl *kultur*-christlichen, aber nicht *religiös*-christlichen Bekenntnisses anzuerkennen. Das Christentum kann und darf in Europa nicht wie eine x-beliebige Religion behandelt werden. Es kann und darf hier eine *kulturelle* Privilegierung beanspruchen, und europäische Politik bedeutet von ihrem Wesen her, Tradition und Demokratie und damit Christentum und Aufklärung harmonisch in Einklang zu bringen.

9.5 In diesem Sinn ist die öffentliche Präsenz von Kirchen, Kathedralen, Gipfelkreuzen, Kreuzfixen in Klassenzimmern usw. als Grundelement europäischer Tradition ein kulturchristliches Privileg, das wir als Europäer, unabhängig von unserer individuellen Gläubigkeit und diese in keiner Weise berührend, anerkennen und im Kampf der Kulturen gegen Laizismus und Islamismus verteidigen. Einen unhistorischen, traditionslosen laizistischen Demokratiekult und ein diesem zugrunde liegendes wurzelloses Europa, das erst 1789 beginnt, lehnen wir ausdrücklich ab.

9.6 Die aus den USA stammende laizistische Menschenrechtsethik ist nach 70 Jahren amerikanischer Freundschaft bzw. Besatzung in vielen deutschen Köpfen verinnerlicht. Die Islamisierung Europas dagegen ist exogen, durch Omuslimische Masseneinwanderung von Nichteuropäern hervorgerufen. Der Islam in Europa ist also kein europäisches Kulturprodukt, sondern ein orientalischer Import, und die Forderung nach Gleichstellung des Islam mit dem Christentum in Europa hat nichts mit Religionsfreiheit zu tun, sondern mit islamischen Kulturimperialismus, durch den der religiöse Friede in Europa und der innereuropäische Friede überhaupt bedroht werden!

9.7 Der grundsätzliche Gegensatz zwischen christlich geprägtem Europa und dem Islam kann theologisch, kulturell, historisch und politisch ausgemacht werden. Religionssoziologisch ergibt sich daraus, dass der Islam mit seiner extrem patriarchalischen Theologie mit wirklicher Demokratie nicht vereinbar ist. Entscheidend für den notwendigen Paradigmenwechsel in der Religionspolitik ist die Einführung des Kulturfaktors. Die Linken wehren sich heftig dagegen, sind mit diesem ihren Verhalten freilich schon mitten drin im Kampf der Kulturen. Die AfD verteidigt eine deutsch-europäische Leitkultur mit ihren christlichen Wurzeln deshalb an zwei Fronten: gegen den westlichen

Laizismus wie auch gegen den Islamismus in seinen verschiedenen Ausprägungen. Die Religionspolitik der etablierten Parteien jedoch zerreibt Europa zwischen den beiden Extremen und zerstört seinen christlichen Kern und sein geistiges Fundament. Das lassen wir nicht zu!

10. Antitotalitarismus und „Kampf gegen rechts“

10.1 Bis 1989 bestimmte die Theorie des Antitotalitarismus die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Bereits mit der 68er Studentenrevolte zeichnete sich ein Paradigmenwechsel ab, der dann 1989 politisch durchschlug. Es ging jetzt nicht mehr gegen Rechts- *und* Linksextremismus, sondern nur noch gegen Rechtsextremismus, was dann zum sog. „Kampf gegen rechts“ zusammenschrumpfte – ein Beleg dafür, dass die rot-grünen 68er über ihren „langen Marsch durch die Institutionen“ Stück für Stück die Macht in Deutschland erobert haben. Die konventionellen, die SED-Linken, treiben jetzt mit den „modernen“ Linken, den Grünen, die vormaligen Mitte-Parteien (CDU / CSU / SPD) vor sich her, und diese sind nur noch ein Schatten ihrer selbst.

10.2 Mit ihrem *Kampf gegen rechts* wollen die Linken vom eigenen Extremismus ablenken. Sie knüpfen damit an die Volksfronttaktik der alten Kommunisten an, die so schon damals die Mitte der Gesellschaft durch einen gemeinsamen Buhmann, die „Rechten“, für die eigenen Ziele zu vereinnahmen suchten. Vor allem aber wollen sie mit dieser Parole die Gesellschaft insgesamt spalten. In der Antitotalitarismus-Theorie ging es vor allem um die Einheit der Gesellschaft. Sie betrachtete die extremen Ränder als Problem, die es je nach Lage zu integrieren bzw. auszugrenzen galt. Im Gegensatz dazu fußt die *Kampf gegen rechts*-Ideologie auf einer Zweiteilung der Gesellschaft im Sinne des kommunistischem Barrikaden-Denkens: Stehst Du diesseits oder jenseits der Barrikade? Bist Du Prolet oder Bourgeois, Genosse oder Klassenfeind?

10.3 Heute ist es nicht mehr die „Arbeiterklasse“, für deren Interessen man kämpft, sondern ein Internationales Migrationsproletariat, die Fremden, die Flüchtlinge, die man mit allen Mitteln ins Land zu holen versucht. Man agiert nicht mehr als kommunistische Vorhut-Partei. Es sind jetzt rot-grüne „Aktivisten“ der „Zivilgesellschaft“, die im „politischen Prozess“, vormalig „Klassenkampf“, als Vorhut marschieren. Es geht nicht mehr um einen Kampf gegen den Klassenfeind, gegen die Kapitalisten, sondern um einen Kampf gegen die „Rechten“ und „Rassisten“, und enteignen will man nicht mehr die Produktionsmittel der Kapitalisten, sondern die nationale und kulturelle Identität der Gesellschaften, die sich dem linken Wahn entgegenstellen.

10.4 Dabei hat „Rassismus“ nichts mehr mit dem zu tun, was er ursprünglich in seiner ethnisch-biologischen Interpretation bedeutete. Vielmehr wird er zum universalen Etikett gegen diejenigen, die an ihrer eigenen Lebensweise und ihrem eigenen kollektiven Charakter festhalten wollen und beides nicht auf dem Altar einer Massenzuwanderung fremder ethnokultureller Identität zu opfern bereit sind; also gegen alle, die sich gegen die staatlich verordnete Zuwanderungspolitik stellen. Bei dieser Transformation von einem roten zu einem „grünen“, vom Sowjet- zum EU-Kommunismus, haben sich die Begriffe vordergründig verändert – das Prinzip ist das gleiche geblieben. Es läuft immer darauf hinaus: Wir, die Linken, sind die Guten, die Humanitären, wir repräsentieren den Fortschritt. Dort sind die Bösen, die „Rassisten“, die Rückwärtsgewandten, die „Menschenfeinde“!

10.5 Mit solcherart Phraseologie wollen diese „guten“ Linken die Welt in ihrem Sinne verändern. Sicherlich gibt es auch tatsächlich eine rechte Gefahr, aber sie ist kaum mehr konventionell nationalsozialistisch, sondern vor allem islamistisch. Denn es sind die Islamisten, die heute dem totalitären Modernismus der Linken einen totalitären Traditionalismus entgegenhalten, wie dies früher in Deutschland die Nationalsozialisten getan haben. Die islamistische Bedrohung aber wird von den linken Humanitaristen bagatellisiert, sie zielen auf die „Rechten“ ab, auf die AfD und damit auf die Mitte der Gesellschaft, auf den „Extremismus der Mitte“.

10.6 Noch ist es vorwiegend ein ideologischer Kampf, ein „Krieg der Worte“: „Rechts“, „Rechtspopulismus“, „Hass-Prediger“, „Homophobie“, „Islamphobie“ usw. Das sind alles keine Argumente, sondern demagogische Kampfbegriffe! Die Medien gehen voran. Sie informieren nicht mehr, sondern verbreiten agitatorisch den rot-grünen Standpunkt, dem die Mehrheit der Journalisten anhängt. In Kommentaren, die nicht mehr zum Nachdenken anregen, sondern nur noch emotionalisieren, tun sie genau das, was sie den anderen vorwerfen: Sie predigen Hass und hetzen. Die Medien haben ihre Unabhängigkeit verloren und sind zu Propagandainstrumenten der Regierung geworden, zu „Staatsmedien“: „Die herrschende Meinung“, so schon Karl Marx, „ist die Meinung der Herrschenden“. Dabei steht hinter ihnen eine Politologie, die auch nicht wissenschaftlich-analytisch, sondern normativ-moralisch im Sinne ihrer staatlichen Auftraggeber arbeitet und so der alten sozialistischen DDR-Wissenschaft immer ähnlicher wird.

10.7 Es wird nicht beim „Kampf der Worte“ bleiben, der schon tief Eingang in die Praxis staatlicher Behörden gefunden hat. Je größer die politischen Probleme werden, desto mehr besteht die Gefahr, dass die politische Klasse in Deutschland zu diktatorischen Mitteln greift, um ihre Macht zu erhalten. Es droht eine neue Diktatur im Sinne einer modernisierten Groß-DDR. Schon heute widerspricht das Verhalten etablierter Parteien und Medien gegenüber der AfD zum Beispiel im Wahlkampf vielfach demokratischen Regeln, und ausgerechnet die Gefahr des Terrorismus, die gerade durch die etablierte Politik gewachsen ist, droht jetzt zum Anlass für Notstandsmaßnahmen zu werden, in denen neben ein paar Razzien gegen Islamisten vor allem gegen die gefürchtete „rechte“ Opposition vorgegangen werden kann – bis hin zur Verschiebung von Wahlen.

10.8 Der Weg einer schleichenden Linksfaschisierung in Richtung einer neuen Groß-DDR zeichnet sich konkret ab, wenn ideologischer Terror justitiabilisiert wird und aus dem „Krieg der Worte“ z. B. über den Paragraphen 130 („Volksverhetzung“) nach und nach eine strafrechtliche Unterdrückung der Opposition betrieben wird: „Hass predigen“, „Diskriminierung“, „Rassismus“ usw. sind juristisch gesehen sehr schwammige Begriffe. Wenn sie das Strafrecht dominieren, werden sie leicht zu Metaphern wie vormals „Volksschädling“ oder „Klassenfeind“, die in ihrer interpretationsoffenen Dehnbarkeit einer totalitären Gesinnungsjustiz den Weg bereiten könnten.

11. Wirtschaft- und Sozialpolitik

11.1 Die sog. vier großen Freiheiten (freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen bzw. „Humankapital“) sind nicht Ausdruck entwickelter Demokratie, sondern dogmatisierte Prinzipien einer wirtschaftsliberalistischen Ideologie. Wir lehnen diese Prinzipien nicht generell ab, handhaben sie aber nicht ideologisch, sondern pragmatisch. Das heißt: Wenn wir feststellen, dass totale Freizügigkeit von Menschen in Europa mehr Schaden als Nutzen verursacht (Zuwanderung, organisierte Kriminalität, Sozialmissbrauch, Drogen- und Menschenhandel), behalten wir uns vor, sie jederzeit im notwendigen Maß wieder einzuschränken.

11.2 Das heißt: Wir ideologisieren den Freihandel nicht und betrachten ihn nicht als Wert als solchen, sondern streben eine Wirtschaftspolitik an, die die Balance zwischen Freihandel und Protektionismus sucht: so wenig Staat wie möglich, so viel wie nötig! Wir gehen davon aus, so den Interessen der eigenen Volkswirtschaft am besten gerecht zu werden. In diesem Sinn betrachten wir auch nicht jedes Freihandelsabkommen – siehe TTIP – als gut.

11.3 Soziale Gerechtigkeit ist für uns ein hoher Wert. Wir verstehen darunter allerdings nicht nur eine *Verteilungsgerechtigkeit*, sondern in gleicher Weise auch eine *Leistungsgerechtigkeit*. Die sozialistische Zeitgeistformel „arm = gut, reich = böse“ lehnen wir ab. Reichtum ist weder gut noch böse. Es kommt darauf an, wie er zustande gekommen ist und was man aus ihm macht. Ähnliches gilt für Armut. Soziale Marktwirtschaft, wie *wir* sie uns vorstellen, bedeutet einen harmonischen Ausgleich zwischen Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit.

11.4 Dass heute weltweit die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, liegt im Wesentlichen am Börsensystem, von vielen zu Recht als „Kasinokapitalismus“ gebrandmarkt. Dieser generiert durch Devisenspekulation laufend Geld, ohne dadurch irgendwelche Realwerte zu schaffen (rein virtuelles Geld). Zum anderen dient hier die Finanzwirtschaft nicht der Realwirtschaft, sondern dominiert diese vollständig.

11.5 Im Gegensatz dazu halten wir fest am bewährten und weltweit vorbildlichen bundesdeutschen Modell einer *Sozialen Marktwirtschaft*. Deshalb geht es uns um

- Dominanz der Realwirtschaft über die Finanzwirtschaft und deren mögliche Einschränkung durch politische Intervention, zum Beispiel durch globale Finanztransaktionssteuern;
- eine ausgewogene Balance innerhalb der Realwirtschaft zwischen mittelständischer und Großindustrie;
- einen politischen Ausgleich wirtschaftlich generierter Armut durch maßvolle staatliche Sozialtransfers mit dem Ziel, möglichst viele der Unterstützten zu wirtschaftlicher Selbstversorgung zu ermutigen und zu befähigen.

12. Technologie und Bildung

12.1 Die grundsätzliche Frage lautet hier, ob der Mensch auf Dauer die Technik beherrschen kann, oder ob sie ihn beherrscht – oder noch zugespitzter: Ist künstliche Intelligenz vorstellbar, die den Menschen geistig nicht nur ersetzen, sondern sogar existenziell bedrohen kann? Zunächst gilt, dass bei allem, wo noch irgendwelche Regeln gelten – seien sie noch so komplex wie bei Schach oder bei Go – künstliche Intelligenz langfristig die natürliche des Menschen übertreffen kann. Die Spezifität menschlicher Intelligenz besteht *nicht* in maximaler Komplexität, sondern in der Fähigkeit zur Selbsttranszendierung, d.h. der Fähigkeit, in eine Dimension hineinzuwirken, in der das materielle Grundprinzip von Raum und Zeit nicht wirksam ist. Wer unterstellt, dass es eine solche Dimension nicht gibt, dem bleibt nichts anderes übrig, als die grundsätzliche Überlegenheit künstlicher gegenüber menschlicher Existenz und damit die grundsätzliche Überlegenheit der Technik gegenüber dem Menschen einzugestehen.

12.2 Im Hinblick auf diese vorhandene oder nicht vorhandene Dimension geht es freilich nicht um eine analytisch-rationale, sondern um eine überrationale Entscheidung, eine Glaubensentscheidung im weiteren Sinn. Die Frage lautet: Ist der Mensch nur ein Wesen der Natur? Oder ist er mehr als Natur, ist er von seinem Wesen her übernatürlich? Im Gegensatz zu naturalistischen Materialisten und im Geist des europäischen Humanismus unterstellen wir Letzteres und somit auch eine grundsätzliche Überlegenheit des Menschen über die Technik. Diese Überlegenheit kommt nicht zuletzt in der Befähigung zu *schöpferischer* Intelligenz zum Ausdruck, die deshalb grundsätzlich und vor allem in Bildung und Erziehung entwickelt und gefördert werden muss. Dies ist eine Überlebensfrage für die Menschlichkeit einer Gesellschaft!

12.3 Nicht durch programmiertes Software-Lernen wird diese Fähigkeit entwickelt, sondern in personalisierten, d. h. menschlichen Lehr- und Lernbeziehungen. Deshalb müssen in der Schule Personen in der Erziehung nach wie vor die entscheidende Rolle spielen: in der Person des Lehrers als höchstmöglichem individualisierten Anleitungsprinzip, und in der Schulklasse als dynamisch-interaktivem Aufnahmeprinzip. Jede Schulreform, die Axt an diese beiden pädagogischen Grundsäulen legt, erschüttert die Grundfesten unseres Bildungssystems und entwickelt nur noch Intelligenz, die der technischen unterlegen ist. Die Menschen werden so abhängig von der Technik und zu Erfüllungsgehilfen technischer Prozesse degradiert.

12.4 Insgesamt sind heute die Gefahren der modernen Informationstechnologie größer als deren Nutzen – vor allem in Hinblick auf Totalüberwachung und -manipulation der Menschen. Hier besteht eine restriktive Interventionspflicht des Staates zum Schutze seiner Bürger vor im Wesentlichen aus den USA gesteuerten Informationssystemen (Google, Facebook u.a.). Am wichtigsten und problematischsten sind die Möglichkeiten der **Cyber-Kriegsführung**. Kleinste Menschengruppierungen können weite Teile dieser Erde lahmlegen und ins Chaos stürzen (Funktion von Staudämmen, AKWs, Gefängnistoren u.a.). Von daher ist es für Deutschland unabdingbar, gerade im Bereich der Cyber-Kriegsführung absolute Weltspitze zu erlangen. Denn hier wird sich in der Zukunft die Frage von Weltmacht im aktiven wie im passiven Sinn entscheiden. Das heißt: Auch wenn wir nicht beanspruchen, selbst auf diese Weise Weltmacht auszuüben, so ist es für uns doch entscheidend zu verhindern, auf diese Weise von technologisch überlegenen Mächten gesteuert und unterworfen zu werden. Die spezifischen Fähigkeiten der Cyber-Kriegsführung müssen im universitären und im Bundeswehr-Bereich maximal gefördert und entwickelt werden, wobei die Kriterien von Hochsicherheit, Geheimnisverrat und Spionage in höchstem Maße zu beachten sind; nicht zuletzt gegenüber Mächten, die bei vielen Deutschen immer noch als unsere „besten Freunde“ gelten.

13. Energie, Umwelt und Landwirtschaft

13.1 Im Hinblick auf die **Energieversorgung** unseres Landes gilt, was Henry Kissinger auf den Punkt gebracht hat: Weltmacht bedeute globale Kontrolle über Lebensmittel und Energie. In diesem Sinne geht es darum, eine nationale energetische Grundversorgung zu sichern und diese, was noch wichtiger ist, zu dezentralisieren. In diesem Sinne sind Photovoltaik und ähnliche Verfahren in Verbindung mit entsprechenden Speichertechniken nicht nur ideal dezentral, weil sie Unabhängigkeit von großen Energiekonzernen ermöglichen, sondern weil sie es darüber hinaus feindlichen Angriffen erheblich erschweren, über die Ausschaltung von Energie großen Schaden anzurichten.

13.2 Im Hinblick auf Sicherheit von Energie sind **Atomkraftwerke** keine langfristige Lösung; nicht primär wegen der derzeit noch ungeklärten Entsorgungssituation (hier sind in absehbarer Zeit technische Lösungen vorstellbar), auch nicht wegen konventioneller Unfall- und GAU-Auslöser (Erdbeben, Tsunami usw. sind bei uns eher unwahrscheinlich), wohl aber wegen der ständigen Möglichkeit terroristischer Angriffe, gegen die AKWs trotz höchster Sicherheitsmaßnahmen nicht geschützt werden können.

13.3 Es ist sinnvoll, **regenerative Energien** schon mittelfristig ins Zentrum der Energieversorgung zu stellen, wobei sich im Norden Deutschlands Windräder anbieten. In dessen Süden passen sie eher nicht in die Landschaft und sind auch unökonomisch. Verfahren wie Photovoltaik und Ähnliches sind hier zukunftssträchtiger. In beiden Fällen ist die augenblickliche Einsatzfähigkeit insofern begrenzt, als individuelle Speichertechniken noch nicht marktreif ökonomisch entwickelt sind, so dass diese Energien vermutlich erst in einigen Jahren den hauptsächlichen Anteil der Energieversorgung des Landes ausmachen werden. Die Zeit bis dahin ist vor allem durch fossile Energien zu überbrücken (Kohle, Öl, Gas), deren ideologische Dämonisierung nur schadet und allenfalls zu erheblichen Strommehrkosten in den Staaten führt, die zu früh auf diese konventionellen Energieformen verzichten.

13.4 Beim **Abbau von AKWs** als Energielieferanten gilt es, nationale Maßnahmen international abzustimmen. Denn es macht keinen Sinn, technisch hoch entwickelte und relative sichere Atomkraftwerke abzuschalten und den Atomstrom dann von wesentlich störanfälligeren Werken aus Nachbarstaaten zu nutzen und dabei noch in gleicher Weise dem GAU-Risiko bei Reaktorunfällen ausgesetzt zu sein. Macht doch ausströmende Radioaktivität bekanntlich nicht an den Staatsgrenzen halt! Zum anderen sollte man das hoch entwickelte Know-how der deutschen Atomwissenschaft auf

keinen Fall mit dem Abbau der AKWs verloren gehen lassen. *Das betrifft die zukunftssträchtigen Möglichkeiten der Energiegewinnung durch Kernfusion und noch mehr den militärischen Sicherheitsaspekt: Wenn die atomar bewaffneten Staaten weiterhin entgegen dem Geist des Atomwaffensperrvertrags ihre eigene Atommacht nicht abbauen und auflösen, sondern monopolisieren, müssen wir uns vorbehalten, *selbst* Möglichkeiten atomarer Verteidigung zu schaffen, um nicht atomar erpressbar oder in ständiger Abhängigkeit von anderen atomar bewaffneten Mächten zu bleiben.

13.5 In der **Umweltpolitik** ist das Wichtigste nicht das Klima, sondern der Mensch. Dessen wichtigster Beitrag zur Umweltpolitik ist der sorgsame Umgang mit Energie, das heißt vor allem das Einsparen von Energie, wobei die entsprechenden Möglichkeiten in den Industrienationen noch nicht annähernd ausgeschöpft sind. Durch Differenzierung der Energiekosten in eine billige Basisversorgung und eine teure „Luxus“-Versorgung könnte ökonomisch und ökologisch sinnvolles Verhalten gefördert werden. Was Umweltgefahren anlangt, so gehen diese nicht vom gesundheitlich eher unproblematischen CO₂ aus, sondern von Feinstäuben, Nanopartikeln und diversen anderen Giftstoffen, weshalb auf deren Vermeidung der Schwerpunkt der Umweltpolitik gelegt werden muss.

13.6 **Klimaveränderungen** gibt es, seit es diese Erde gibt. Wieweit der Mensch dabei eine Rolle spielt, kann kein Wissenschaftler auch nur annähernd quantifizieren. Es ist grotesk, von Vorstellungen auszugehen, man könnte durch Energiepolitik das Weltklima bis auf ein Grad der globalen Durchschnittstemperatur beeinflussen – und dann das Klimaproblem auch noch zu einer apokalyptischen Ersatzreligion zu theologisieren!

13.7 Für unsere **Landwirtschaft** gilt, dass wir uns in der Versorgung nicht vollständig vom internationalen Markt abhängig machen dürfen, sondern immer eine nationale Basisversorgung vorhalten müssen. Dies entspricht einem existenziellen Anliegen des Gemeinwohls, weshalb auf diesem Gebiet staatliche Subventionen – sinnvollerweise nicht über supranationale, sondern über nationale Institutionen – legitim und notwendig sind. Aus Gründen der Effizienz sollte dabei eine Regionalisierung angestrebt werden, was heißt: Die Versorgung der Bevölkerung mit Produkten aus der umgebenden Landwirtschaft muss vorrangig sein und entsprechende Produktions- und Verkaufsgenossenschaften sind staatlich zu fördern.

13.8 Ein weiterer Gesichtspunkt ist die **Ökologisierung** der Landwirtschaft. Sowohl bei Pflanzen als auch bei Tieren sollte gelten: weniger Masse, mehr Qualität! Auch hier muss das Verbraucherverhalten gesteuert werden, gerade beim Fleischverzehr. Der Verzicht auf Massentierhaltung ist nur möglich, wenn die Menschen wesentlich weniger Fleisch verzehren – dafür dann in umso höherer Qualität! Was die Qualität landwirtschaftlicher Produkte insgesamt anlangt, so sollten im Gegensatz zu US-amerikanischen Gepflogenheiten genetisch veränderte Nahrungsmittel äußerst restriktiv behandelt werden. Gilt doch nach wie vor das Zauberlehrlingsprinzip: Man beherrscht den ersten Schritt der Veränderung, den zweiten (dritten, vierten usw.) zur Beherrschung der Folgen aber nicht!

14. Die AfD – eine neue Partei für eine neue Zeit!

14.1 Die AfD hat ihre Wurzeln in der Mitte der Gesellschaft. Sie ist nicht nur eine Partei der *kleinen Leute*, nicht nur eine Partei des *Mittelstands* und nicht nur eine Partei des „*freien Unternehmertums*“. Schon jetzt versteht sie sich als eine Volkspartei, die versucht, die Interessen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen auszugleichen und Lösungen zu finden, die sich am Gemeinwohl der gesamten Gesellschaft orientieren und deren innere Einheit und inneren Frieden festigen.

14.2 Auch geistig ist die AfD eine Partei der Mitte. Ob im Spannungsfeld von Individualismus und sozialer Verantwortlichkeit, von Freiheit und Ordnung, von Moderne und Tradition und nicht zuletzt von Säkularität und Religion – immer sucht sie eine Balance zwischen den Extremen und so viel gesellschaftliche Harmonie wie möglich.

14.3 Wenn das Boot nach links kippt, setzt man sich nicht in die Mitte, sondern auf die rechte Seite! Angesichts eines enormen Linksrucks der deutschen Politik in den letzten 25 Jahren muss die Politik der AfD heute rechtsbetont sein, was nicht eine ideologische, sondern eine pragmatische Entscheidung darstellt. Dementsprechend ist die Politik der AfD nicht durchgehend „rechts“, sondern in Einzelfällen auch „links“. Die AfD behält sich sogar vor, zu anderen Zeiten, wenn notwendig, auch eine linksbetonte Politik zu betreiben. Heute aber kann sie, wenn sie wirksam und sinnvoll ins politische Geschehen eingreifen will, dies nur als profiliert rechtsdemokratische bzw. rechtskonservative Partei tun!

14.4 Die AfD ist keine wiederbelebte rückwärtsgewandte, sondern eine neue Partei, eine Partei der Zukunft. Sie sehnt sich nicht nostalgisch nach den Filzpantoffeln der frühen Kohl-Zeit. Vielmehr sieht sie in den Veränderungen von 1989 den Beginn einer geopolitischen und geistigen Wendezeit, was viele gerade in Deutschland noch nicht verstanden haben. Mit den Lösungen von gestern glauben sie die neuen Probleme lösen zu können. Die AfD dagegen stellt sich den Herausforderungen der neuen Zeit und lotet nicht nur geopolitisch neue Orientierungen aus, sondern schreckt auch bei anderen großen Problemen vor grundsätzlichen Alternativen nicht zurück, wozu sie ja schon ihr Name verpflichtet.

14.5 Insbesondere betrachtet sie auch nicht einen deutschen Nationalismus, sondern einen westlichen Supranationalismus als die politische Gefahr unserer Zeit. Denn durch diesen soll Deutschland abgeschafft und die deutsche Bevölkerung zur Minderheit im eigenen Land gemacht werden – und das wollen wir nicht! Deshalb ist für uns nicht eine sog. Fremdenfeindlichkeit, sondern die allgegenwärtige Agitation dagegen das politische Problem. Ist diese Agitation doch vor allem eine flankierende ideologische Kampagne der politischen Klasse, um die deutsche Bevölkerung psychologisch einzuschüchtern und so in unverfrorener Weise eine zutiefst antideutsche Zuwanderungs- und Überfremdungspolitik durchzusetzen. Nicht eine zu geschlossene – eine zu bunte und zu offene Gesellschaft bedroht unsere Zukunft!

14.6 Die AfD will als Partei der Mitte im Berliner Parteienspektrum den Platz einnehmen, den die nach links abgedrifteten und geistig ausgelaugten Parteien CDU und SPD vormals innehatten. Sie versteht sich dabei weniger als Ergänzung denn als Alternative zu einem Parteienspektrum, das Gefahr läuft, sich immer mehr zu einem Blockparteien-System nach altem DDR-Muster zu entwickeln.

14.7 Natürlich will die AfD in Zukunft auch Regierungsverantwortung übernehmen und mit anderen Parteien entsprechend kooperieren. Vorerst jedoch geht es um Opposition. In dieser Rolle muss die AfD politisch-inhaltlich und personell zu einer Regierungspartei heranreifen. Dabei gründet sie fest auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Sie steht zum Grundgesetz und betrachtet dieses trotz rechtlicher Bedenken als de facto-Verfassung unseres Staates. Sie handelt als parlamentarische Kraft, befürwortet aber – angesichts derzeit erheblicher Mängel der repräsentativen Demokratie – bei wichtigen Entscheidungen ergänzende Volksabstimmungen nach dem Schweizer Modell. Gleichzeitig hält sie Aktivitäten in der Öffentlichkeit für notwendig, die über die parlamentarische Arbeit hinausgehen, z. B. Demonstrationen und Kundgebungen. Dabei unterstützt sie gezielt Bewegungen, die sich wie Pegida spontan aus der Bevölkerung heraus entwickeln, und fühlt sich verantwortlich, politisch führend

einzugreifen und die hier versammelten Menschen nicht dem Einfluss von Extremisten z. B. der NPD zu überlassen.

14.8 Zusammenfassend will die AfD also

- weniger USA in Europa, mehr Russland;
- weniger Multikulti, mehr deutsche Leitkultur;
- weniger EU, mehr Deutschland;
- weniger Ideologieterror und politisches Diktat, mehr Volksabstimmungen und Demokratie;
- weniger Islam und mehr Christentum;
- und nicht zuletzt: viel mehr Abschiebungen und viel weniger Zuwanderung!
Letztlich wird Europa nur als Festung überleben oder überhaupt nicht!

14.9 Was das Christentum anlangt, so verstehen wir darunter nicht, wie diverse Kirchenfürsten, eine säkular degenerierte Barmherzigkeitsideologie, die das Wesen christlicher Religion mit rot-grüner Gesellschaftspolitik verwechselt; und schon gar nicht Kirchen, die sich mit vielleicht gut gemeinter Hilfe tatsächlich zur Vorhut der Islamisierung Europas machen. Wir halten es mit einem auf christlicher Tradition gegründeten Humanismus, der sich nicht von einer Ethik bestimmen lässt, die aus dem Bauch herauskommt, sondern von einer Verantwortungsethik, die die Folgen des eigenen Helfens im Hinblick auf Folgen für andere immer im Auge behält. Im Gegensatz zu Islamisten und Naturalisten betrachten wir den Menschen auch nicht als Sklaven Gottes und schon gar nicht als Affen, sondern als ein letztlich zur Göttlichkeit bestimmtes Wesen. Im Sinne dieses Menschenbildes gestaltet die AfD ihre alternative Politik für Deutschland. W. Gedeon (14. 2. / 15. 4. 2016)